

Protokoll

über die 31. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Planungsausschusses der Stadt Wedel
am Dienstag
dem 05.07.2016, im Ratssaal des Rathauses

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 21:38 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion:

Herr Kay Burmester	ordentliches Ausschussmitglied
Herr Jörg Keller	ordentliches Ausschussmitglied
Herr Michael Schernikau	ordentliches Ausschussmitglied (Vorsitzender)
Herr Stephan Schwartz	ordentliches Ausschussmitglied
Herr Norbert Weller	ordentliches Ausschussmitglied

WSI:

Herr Joachim Funck	ordentliches Ausschussmitglied
Frau Anette Wente	stellvertr. Ausschussmitglied

Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Herr Willibald Ulbrich	ordentliches Ausschussmitglied
Herr Olaf Wuttke	ordentliches Ausschussmitglied

SPD-Fraktion:

Herr Manfred Eichhorn	ordentliches Ausschussmitglied
Herr Rüdiger Fölske	ordentliches Ausschussmitglied

FDP-Fraktion:

Herr Martin Schumacher	ordentliches Ausschussmitglied
------------------------	--------------------------------

Fraktion DIE LINKE:

Herr Johannes Schneider	ordentliches Ausschussmitglied
-------------------------	--------------------------------

Seniorenbeirat:

Frau Heidemarie Bohnert	Seniorenbeirat
-------------------------	----------------

Jugendbeirat:

Herr Jeremias Gropp	Jugendbeirat
Herr Lucas Harder	

Umweltbeirat:

Herr Rainer Hagendorf

stellvertr. Ausschussmitglied

Verwaltung:

Herr Jürgen Brix

Fachdienstleiter 1-30

Herr Karl-Heinz Grass

Fachdienstleiter 2-61

Frau Angela Hans

Fachdienst 1-30

Frau Elisabeth Hoppe

Fachdienst 2-61

Herr Klaus Lieberknecht

Fachbereichsleiter 2

Frau Christiane Maylahn

Fachdienst 2-61

Herr Niels Schmidt

Bürgermeister bis einschl. TOP 7.2

Frau Sonja Taschendorf

Schriftführerin

Gäste:

Herr Goll

Stadtwerke Wedel GmbH

Herr Helfgen

Architekt, zu TOP 4

Herr Holland

Wertgrund Immobilien AG, zu TOP 4

Herr Jochen Kieper

stellvertr. Ausschussmitglied

Herr Dr. Detlef Murphy

Ratsherr

Herr Lassen

Polizei Wedek

Herr Reißweck

Adlershorst Baugenossenschaft eG, zu TOP 8.1

Herr Dr. Specht

Inros Lackner AG, zu TOP 7.3

Herr Waltz

Wertgrund Immobilien AG, zu TOP 4

Es fehlte entschuldigt:WSI:

Frau Ingrid Paradies

Ausschussmitglied

Es sind 14 ZuhörerInnen und ein Pressevertreter anwesend.

Um 18:00 Uhr begrüßt der Vorsitzende alle Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung. Herr Schernikau schlägt vor, die MV/2016/048 (TOP 8.2) unter TOP 5, Antrag der Grünen, mit zur Kenntnis zu nehmen. Die Vorstellung des Verkehrssicherheitsberichts durch die Polizei soll zwischen TOP 3 und 4 vorgezogen werden. Die Nummerierung im Protokoll wird nicht geändert.

Mit diesen Änderungen stimmt der Ausschuss der Tagesordnung mit 13 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen zu.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

1.) Einwohnerfragestunde

2.) Anhörung der Beiräte



- 2.1 Antrag des Jugend- und Seniorenbeirats zu einem Fuß-/Radübergang
B 431/Caudry-Platz
 - 3.) Protokollgenehmigung, hier: Protokoll der 30. Sitzung vom 10.05.2016
 - 4.) Vorstellung Projekt B-Plan Nr. 86 „Gebiet zwischen Tinsdaler Weg, Galgenberg
und Am Rain“ durch den neuen Eigentümer
 - 5.) Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
Bebauungsplan Nr. 39 über das Gebiet zwischen Moorweg, Egenbüttelweg“, 3.
Änd., "Teilbereich Heinestraße"
hier: Satzungsbeschluss
Vorlage: BV/2015/141
 - 6.) Städtebaulicher Rahmenplan "Wedel Nord"
 - 6.1 Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung
 - 7.) Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadthafen Wedel"
 - 7.1 Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung
 - 7.2 Sanierungsgebiet "Stadthafen Wedel"
hier: Auftragsvergabe Erstellung von Bestandsplänen der Hochwasser-
schutzanlage am Schulauer Hafen
Vorlage: BV/2016/072
 - 7.3 Städtebauförderungsmaßnahme Stadthafen Wedel
hier: Beschluss über die Fortführung der Planung zur Herstellung des
Traditionsanlegers mit den Medien Elektro und Trinkwasser
Vorlage: BV/2016/066
 - 8.) Mitteilungen und Anfragen
 - 8.1 Verkehrssicherheitsbericht 2015
Vorlage: MV/2016/044
 - 8.2 Städtische Wohnunterkunft Heinestraße - Ablehnung des Satzungsbe-
schlusses
Vorlage: MV/2016/048
 - 8.3 Schutzstreifen für Radfahrer in der Bahnhofstraße
Vorlage: MV/2016/045
 - 8.4 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen
 - 8.5 Sonstiges
 - 9.) Einvernehmen der Gemeinde nach dem BauGB u. a.
 - 9.1 Einvernehmen
hier: Galgenberg
Vorlage: BV/2016/071
-

- 9.2 Einvernehmen**
hier: Industriestraße 63
Vorlage: BV/2016/065

- 10.) Wohnungsmarktkonzept - Aktualisierung**
hier: Auftragsvergabe
Vorlage: BV/2016/064

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit

- 11.) Mitteilungen und Anfragen**

- 11.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen**

- 11.2 Sonstiges**

- 12.) Unterrichtung der Öffentlichkeit**

Öffentlicher Teil:

- 1.) Einwohnerfragestunde**

Ein Einwohner beklagt, dass weder Anwohner noch Bewohner bei der Diskussion zum Unterkunftstandort Heinestraße eingebunden und ihre Interessen berücksichtigt worden wären. Bisher ist nur von Flüchtlingen und deren Familiennachzug die Rede gewesen. Jetzt werde von Wohnungslosen und Schlichtbauweise gesprochen. Das wäre ein anderes Klientel.

Die Verwaltung erwidert, dass keine Schlichtbauweise geplant wird, sondern ein Bau, der auch eine Nachnutzung mit Sozialwohnungsbau möglich macht. Die Anwohner sind im Rahmen des B-Plan-Verfahrens beteiligt worden.

Herr Schmidt ergänzt, dass es heute nur um den Satzungsbeschluss und damit nur um die Option eines Baus geht. Die Flüchtlingssituation ist zurzeit nicht einschätzbar. Alles ist möglich.

- 2.) Anhörung der Beiräte**

- 2.1.) Antrag des Jugend- und Seniorenbeirats zu einem Fuß-/Radübergang
B 431/Caudry-Platz**

Herr Harder stellt den gemeinsamen Antrag des Umwelt- und Seniorenbeirats vor (Anlage 1). Dieser wird ebenfalls vom Umweltbeirat unterstützt. Herr Hagendorf schlägt, vor bei einer Ampelanlage, diese im Zusammenhang mit den bestehenden Ampeln zu schalten. Herr Schernikau erklärt, dass eine Querung schon in der Vergangenheit diskutiert wurde, nun aber mit der Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h eine andere Situation vorliegt. Alle Fraktionen befürworten eine Querung. Als Argumente werden die Unübersichtlichkeit an dieser Stelle, die Nutzung als Schulweg und der steigende Bedarf durch die positive Annahme der Wegeverbindungen Wedeler Au und die geplante Radwegeverbindung genannt. Voraussetzung ist, dass eine Prüfung in Zusammenarbeit mit den Beiräten zu einem positi



ven Ergebnis kommt. Die SPD regt darüber hinaus an, dass die Verwaltung zusätzlich Verkehrsexperten wie z.B. Argus hinzuzieht.

Herr Schmidt erinnert daran, dass dies eine verkehrsrechtliche Entscheidung ist, die in den Verantwortungsbereich des Bürgermeisters fällt. Ausschlaggebend ist für diese immer die tatsächliche Verkehrssicherheit.

Da Herr Wuttke die stadtplanerische Bedeutung einer Querung hervorhebt, zieht Herr Schernikau seinen Antrag auf Verweisung an den UBF zurück und lässt über den Antrag abstimmen.

Der Planungsausschuss erteilt den Prüfauftrag (Anlage 1) mit 12 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung.

Herr Harder lädt zu der öffentlichen Sitzung des Jugendbeirats am 19.07.2016 um 18:00 Uhr ins Rathaus Wedel, Raum Vejen, ein.

3.) Protokollgenehmigung, hier: Protokoll der 30. Sitzung vom 10.05.2016

Herr Schumacher hat Änderungswünsche. Unter TOP 10.1, S. 9, soll das Wort „projizieren“ durch „aufstellen“ ersetzt werden und unter TOP 10.2, S. 9, 4. Absatz, 4. Satz muss es richtig heißen: „Herr Schumacher *fragt, ob es sinnvoll sein könnte*, Gebiete wie z.B. Schlödelskamp aus dem Regionalplan herauszunehmen, um die „Bedarfs-Bilanz“ für die Landesplanung zu ändern.“ (Änderung kursiv, „schlägt vor“ wird gestrichen).

Mit diesen Änderungen genehmigt der Ausschuss das Protokoll mit 11 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltungen.

4.) Vorstellung Projekt B-Plan Nr. 86 „Gebiet zwischen Tinsdaler Weg, Galgenberg und Am Rain“ durch den neuen Eigentümer

Herr Holland von der Wertgrund AG stellt anhand einer Präsentation ihre Pläne für das Gelände vor. Die Präsentation ist im Bürgerinformationssystem unter dieser Sitzung und diesem TOP abrufbar (www.wedel.de, Rathaus & Politik).

Herr Eichhorn findet, dass der Entwurf besser als der alte ist und fragt, ob nur bei Auszug eines Mieters saniert wird. Der Architekt Herr Helfgen antwortet, dass die Wertgrund AG seit 10 Jahren Erfahrungen mit Sanierungsgebieten hat. Die Sanierungsarbeiten dauern in der Regel 10 Tage in einer Wohnung. Die Wertgrund AG nutzt Leerstände als Ausweichmöglichkeit. Darüber hinaus werden die Räume, die saniert werden, so abgeklebt, dass der Rest der Wohnung nutzbar bleibt. Es wird keine allgemeine Informationsveranstaltung geben, sondern die Wertgrund spricht mit den Mietern einzeln, um ggf. auch individuelle Wünsche/Lösungen zu finden. Diese Gespräche werden erst geführt, wenn man eine verlässliche Planung hat.

Angesprochen auf die Stellplätze führt Herr Helfgen aus, dass alle Stellplätze auf dem eigenen Grundstück liegen, man aber Überwegungsrechte für die Gehwege bräuchte.

Die CDU, Herr Burmester, sieht die innerstädtische Nachverdichtung positiv. Kritisch dagegen wird die Anordnung der Stellplätze gesehen. Vor allem am stark befahrenden Tinsdaler Weg ist die Rückwärtsbewegung der ausparkenden Autos problematisch.

Herr Wuttke bemängelt die Qualität der Folien und fordert ordentliche beratungsfähige Unterlagen. Weiter möchte er wissen, wo und wieviel sozialer Wohnungsbau realisiert werden soll. Herr Holland erwidert, dass das noch nicht feststeht. Fraglich ist, was möglich ist



- nur Neubau oder nur Bestand oder eine Kombination aus beidem - und was städtebaulich Sinn macht.

Auf Nachfrage Herrn Schneiders stellt Herr Holland in Aussicht, Mitte September konkretere Informationen zum sozialen Wohnungsbau und zu den Stellplätzen geben zu können. Herr Funck erklärt für die WSI, dass sie erst die Unterlagen abwarten will.

Um die Entwürfe vergleichen zu können, wird Herr Holland gebeten, die Bruttogeschossflächen (BGF) der Entwürfe des Vorgängers und des Entwurfs der Wertgrund aufzuzeigen. Die alten Entwürfe bewegten sich hiernach zwischen 10.000 m² und 10.300 m² BGF. Die BGF des Entwurfs der Wertgrund liegt bei 10.150 m².

5.) Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
Bebauungsplan Nr. 39 über das Gebiet zwischen Moorweg, Egenbüttelweg", 3.
Änd., "Teilbereich Heinestraße"
hier: Satzungsbeschluss
Vorlage: BV/2015/141

Herr Schernikau weist darauf hin, dass die Unterlagen für diesen TOP schon für den Planungsausschuss am 10.05.2016 verteilt worden sind und dass die MV/2016/048 (TOP 8.2) hier mit beraten wird.

Herr Schumacher erinnert daran, dass heute nicht ein Baubeschluss empfohlen wird, sondern nur die Voraussetzung zum Bauen geschaffen wird.

Herr Eichhorn erklärt, dass die SPD dem Beschluss diesmal zustimmen wird. Die SPD hat ihre Position in der Ratssitzung dargestellt.

Auch die anderen Fraktionen wollen an ihren Positionen festhalten, wobei die CDU als einzige Fraktion den Satzungsbeschluss ablehnt.

Der Planungsausschuss empfiehlt dem Rat mit 8 Ja / 5 Nein / 0 Enthaltungen:

Der Rat beschließt,

- 1) die während der Auslegung gem. §§ 3 (2) und 13a BauGB von der Öffentlichkeit abgegebenen Stellungnahmen und von den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gem. §§ 4 (2) und 13a BauGB abgegebenen Stellungnahmen entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung zu berücksichtigen, teilweise zu berücksichtigen oder nicht zu berücksichtigen,**
- 2) den Entwurf des Bebauungsplans Nr. 39, „über das Gebiet zwischen Moorweg, Egenbüttelweg“, 3. Änderung „Teilbereich Heinestraße“ bestehend aus Planzeichnung (Teil A) als Satzung und**
- 3) die Begründung des Bebauungsplans zu billigen.**

6.) Städtebaulicher Rahmenplan "Wedel Nord"

6.1.) Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung

Herr Lieberknecht berichtet vom Erfolg des Bürgerdialogs Wedel Nord am 28.06.2016 im Johann-Rist-Gymnasium. Am 22.07.2016 wird man die Ergebnisse in der AG Wedel Nord erörtern. Bis Ende des Jahres sollte ein Rahmenplan aufgestellt werden, wofür Grundsatz



entscheidungen wie Anzahl der Wohneinheiten und Verkehrskonzept getroffen werden müssen.

Herr Eichhorn fragt, warum manche Anwohner eine schriftliche Einladung bekommen haben und andere nicht. Das hätte zu Unmut geführt. Die Verwaltung erwidert, dass die Eigentümer des Gebiets Wedel Nord und die direkten Anrainer angeschrieben wurden.

Herr Burmester erkundigt sich, wann die Ergebnisse vorliegen werden. Herr Grass antwortet, dass diese zurzeit ausgewertet werden und dann in der AG Wedel Nord und danach im Planungsausschuss vorgestellt werden.

7.) Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadthafen Wedel"

7.1.) Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung

Herr Lieberknecht berichtet über die Bürgerbeteiligung am 30.06.2016. Nun soll die Planung dem Innenministerium vorgestellt werden, wofür ein formeller Beschluss für diesen Entwurf gut wäre.

Die Linke erklärt, darüber erst in der Fraktion beraten zu müssen. Dem schließen sich auch die Grünen an: dass hätte so auf der Tagesordnung stehen müssen, außerdem ständen die Einzelheiten noch nicht fest. Auch die SPD hat Beratungsbedarf. Herr Schumacher spricht die Debatte über den Imbiss an. Er fragt, ob der alte Mietvertrag weiterbestehen wird, ob man den Mieter umsetzen kann oder eine Ausschreibungspflicht besteht. Er schlägt vor, dass die Fraktionen beraten und ihre Beschlüsse in der AG Hafen mitteilen.

Herr Lieberknecht erklärt, dass man am 25.07.2016 einen Termin im Innenministerium hat und die baufachliche Prüfung in die Wege leiten will. Die habe letztes Mal sehr lange gedauert und das Projekt im Zeitplan zurückgeworfen.

Man einigt sich darauf, eine Beschlussvorlage für die nächste Ratssitzung vorzubereiten, so dass die Fraktionen in ihren Sitzungen am 18.07.16 beraten können.

7.2.) Sanierungsgebiet "Stadthafen Wedel"

hier: Auftragsvergabe Erstellung von Bestandsplänen der Hochwasserschutzanlage am Schulauer Hafen

Vorlage: BV/2016/072

Herr Eichhorn möchte, dass für die Schutzwälle Richtung Fährhaus, die aus dem gleichen Zeitraum stammen, ebenfalls Pläne beauftragt werden, falls diese fehlen und notwendig sind.

Die Verwaltung sagt eine Prüfung zu. Sie erklärt, dass dies aber nicht Bestandteil dieser Maßnahme ist und man förderrechtliche dieses nicht miteinander verquicken dürfe.

Der Planungsausschuss beschließt mit 13 Ja / 0 nein / 0 Enthaltungen:

Der Planungsausschuss beschließt,

die Ingenieurleistungen für die Erstellung von Bestandsplänen der Hochwasseranlage an die Arbeitsgemeinschaft, bestehend aus Ramboll IMS Ingenieurgesellschaft, Breimann & Bruun Landschaftsarchitekten und bof Architekten zu vergeben.

Die Auftragssumme beläuft sich auf 13.600 € brutto.



**7.3.) Städtebauförderungsmaßnahme Stadthafen Wedel
hier: Beschluss über die Fortführung der Planung zur Herstellung des Traditionsschiffsanlegers mit den Medien Elektro und Trinkwasser
Vorlage: BV/2016/066**

Herr Dr. Specht, Inros Lackner GmbH, stellt den Planungsstand und die Kostenentwicklung vor.

Herr Fölske fragt, ob ähnliche Probleme auch beim Hotelgrundstück zu erwarten sind. Vor dem Hintergrund der „Kostensteigerungsdynamik“ wünscht er sich einen aktuellen Stand der Kosten. Weiter kann er sich vorstellen, dass ein potentieller Hafenbetreiber gerne ein Mitbestimmungsrecht hätte. Nicht, dass dieser es später nicht so haben wolle. Daher beantragt die SPD Vertagung.

Herr Schneider bezweifelt, dass der Mehrbedarf von 110.000 € im Budget sind und Herr Wuttke stellt fest, dass die Kosten schon im Haushalt 2016 eingeworben sind. Er bittet um Aufklärung. Zudem führt er aus, dass er gelesen hat, dass die Stadt den Hafen nun selbst betreiben will. Auch wenn die Grünen heute zustimmen, fordert er eine „Hafenfinanzierungsdebatte“ nach den Sommerferien.

Herr Schumacher erklärt für die FDP, dass sie zustimmen wird. Es sind keine zusätzlichen Mittel erforderlich, da die Strategie, zur Kosteneindämmung auf einzelne Maßnahmen zu verzichten, funktioniert.

Herr Lieberknecht stellt klar, dass die Behauptung, dass die Stadt den Hafen selbstbetreiben will, falsch ist. Richtig ist, dass man bisher noch keinen Betreiber hat und die Stadt interimweise sich um den Hafen kümmern muss. Wenn der Ponton gebaut wird, wird dies die Attraktivität des Hafens steigern, aber er ist kein muss. Der Planungsausschuss kann den Beschluss auch ablehnen. Allerdings ist dann ein dauerhaftes Anlegen von Traditionsschiffen schwierig, da als Alternative lediglich der Hauptschlengel in Frage kommt. So hat die Verwaltung dies auch in der Hafen AG vorgestellt.

Der Hauptschlengel ist ggf. förderfähig, wenn man ihn als öffentliche Promenade deklariert. In diesem Fall wäre er fester Bestandteil des Hafens.

Weiter stellt Herr Lieberknecht fest, dass ein Beschluss für den Traditionsschiffsanleger vor einem Jahr im Planungsausschuss gefasst wurde und daher die Kosten im Haushalt eingestellt wurden. Dies gilt nicht für die Zusatzkosten.

Herr Schernikau führt für die CDU aus, dass ein Anleger ohne Strom keinen Sinn ergeben würde. Er kann die Haltung zur Kostensteigerung nachvollziehen, gibt aber zu bedenken, dass durch die Realisierung von Sparpotentialen das Ursprungsbudget nicht überschritten wird.

Der Ausschuss lehnt den Antrag auf Vertagung mit 6 Ja / 7 Nein / 0 Enthaltungen ab.

Der Ausschuss beschließt mit 9 Ja / 4 Nein / 0 Enthaltungen:

Der Planungsausschuss beschließt,

- a) die Fortsetzung der Planung und die Herstellung eines Traditionsschiffsanlegers mit Elektro- und Trinkwasserversorgung,
- b) den Nachtrag für die Planungsleistungen mit den Leistungsphasen 3-9 einschließlich des erhöhten Erschließungsaufwandes in Höhe von 43.000 € brutto an die geeignete Ingenieurgesellschaft zu beauftragen.



8.) Mitteilungen und Anfragen

8.1.) Verkehrssicherheitsbericht 2015 Vorlage: MV/2016/044

Die Präsentation von Herrn Lassen, Polizei Wedel, wurde zeitlich vorgezogen und nach TOP 3 behandelt. Sie ist im Bürgerinformationssystem unter dieser Sitzung und diesem TOP abrufbar (www.wedel.de, Rathaus & Politik).

Auf Nachfragen erklärt Herr Lassen, dass die Unfälle in der Bahnhofstraße verschiedene Gründe hatten. Um das Verhalten der Radfahrer positiv zu beeinflussen, gibt die Polizei Verkehrsunterricht in den Schulen und nimmt den Radführerschein ab, auch werden in der Dämmerung (Licht-)Kontrollen an den Schulen durchgeführt. Verhaltensbedingte Unfälle (wie z.B. Handy-Benutzung) werden nicht separat erfasst, sondern fallen unter die Kategorie "sonstige Unfälle".

Herr Gropp spricht die starke Frequenz der Bahnhofstraße durch alle Verkehrsteilnehmer an. Herr Lassen sagt, dass durch die geringe Geschwindigkeit in der Bahnhofstraße schwere Unfälle unwahrscheinlich sind.

Herr Ulbrich stellt fest, dass es nur wenige benutzungspflichtige Radwege in Wedel gibt und beklagt, dass Autofahrer zu aggressivem Verhalten neigen. Radfahrer, die auf der Straße fahren, werden angehupt und ausgebremst. Er fragt, ob dieses Verhalten beobachtet wird und ob es dagegen Kampagnen z.B. in der Presse gibt. Auch der Umweltbeirat will Konflikte durch Aufklärung vermeiden. Er sieht hier die Verwaltung und die Polizei in der Pflicht. Herr Lassen antwortet, dass Aufklärung betrieben wird, so gibt es einen Flyer, der auch auf wedel.de eingestellt ist.

Zur Klarstellung fragt Herr Burmester noch einmal nach der Definition von Unfallschwerpunkt. Ein Unfallschwerpunkt liegt vor, wenn an einer Stelle mindestens drei Unfälle mit drei verschiedenen Ursachen von der Polizei aufgenommen worden sind.

Herr Fölske erkundigt sich, ob die Polizei Anregungen oder Wünsche an den Planungsausschuss hat. Herr Lassen verneint und erklärt, dass er mit der Wedeler Verwaltung sehr zufrieden ist.

8.2.) Städtische Wohnunterkunft Heinestraße - Ablehnung des Satzungsbeschlusses Vorlage: MV/2016/048

Die Vorlage wurde unter TOP 5 zur Kenntnis genommen.

8.3.) Schutzstreifen für Radfahrer in der Bahnhofstraße Vorlage: MV/2016/045

Herr Schneider regt an, den Schutzstreifen auf der anderen Fahrbahnseite einzurichten. Dann wäre er durchgängig und die Radfahrer müssten nicht um die Beete herumfahren.

Oder man nimmt die Beete weg, dann wäre eine Geschwindigkeitsbegrenzung sinnvoll.

Herr Hagendorf weist darauf hin, dass gemäß der Straßenverkehrsordnung immer nur eine Maßnahme erlaubt ist und daher sich Schutzstreifen und Tempolimit ausschließen.

Herr Wuttke freut sich über die Umsetzung und erklärt, dass dies eine der inhaltlichen Forderungen des Fahrradkonzepts der Grünen wäre. Er fragt, ob die Streifen bei der Verengung aufhören würden und ob man hier zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen ergreifen müsste.

Herr Brix erklärt, dass es sich hier um eine einfache verkehrsrechtliche Maßnahme handelt, die eine Verbesserung darstellt. Die Verwaltung hat die Anregung des Jugendbeirats aufge-



nommen und die Maßnahme mit ihm abgestimmt. Im Verkehrsrecht gibt es eindeutige Regelungen zu Markierungen, die eingehalten werden müssen. Für einen Rückbau der Beete müsste man erst die Kosten ermitteln.

Herr Burmester stellt fest, dass sich die CDU seit Jahren für ein gutes Rad- und Verkehrsnetz einsetzen würde. Er gibt zu bedenken, dass sich viele Nutzer des Schutzstreifens an der Feldstraße nicht wohlfühlen würden. Die Autofahrer fahren teilweise zu dicht an den Markierungen entlang, anstelle wie sonst 1,50 m Abstand zu wahren. Herr Keller befürchtet, dass ein Schutzstreifen die Radfahrer dazu animiert „durchzubrettern“.

Auch die WSI, Herr Funck, sieht einen Streifen kritisch. Er regt an, die Kosten zu sparen und stattdessen für ein Jahr versuchsweise Tempo 30 vorzuschreiben.

Herr Gropp von Jugendbeirat hält dagegen, dass sich eine Geschwindigkeitsreduzierung nicht lohnt, da in der Bahnhofstraße langsam gefahren wird und dass sehr eng überholt wird, da die Straße sehr schmal ist.

8.4.) Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen

Herr Grass stellt die Beantwortung der Fragen zum Milieuschutz für Ende nächster Woche in Aussicht. Für die Notunterkunft Steinberg wird zurzeit die Genehmigungsplanung vorbereitet. Beim Bauvorhaben Kirchstieg erwartet man die Entscheidung zum Eilverfahren Ende Juli. Das Vorhaben wird in der Zwischenzeit fortgesetzt. Für die B-Plan-Bearbeitung der Radwegetrasse von der Schulauer Straße über die Wedeler Au bis zur Gorch-Fock-Straße bedarf es einer Vermessung, der die privaten Eigentümer zustimmen müssen. Die Vermessung erfolgt im Juli.

Herr Wuttke ist empört, dass die Antworten über den Milieuschutz noch nicht vorliegen. Die Anfrage wäre schon vor 2 Wochen gestellt worden. Zumal die Diskussion dann erst im September erfolgen kann, was ihm zu lange hin ist. Auf der Prioritätenliste Anfang des Jahres hat der B-Plan Nr. 76 für die Radwegetrasse die Priorität „hoch“ bekommen und nun wird erst vermessen.

Herr Grass weist die Vorwürfe zurück: der Fachdienst betreut eine Vielzahl von Projekten, davon zwei sehr große. Für deren Informationsveranstaltungen hat man viel Zuspruch erhalten. Daneben ist die Bauberatung der Bürger ein wichtiger und zeitintensiver Bestandteil der Arbeit. Man hat nicht nur die Aufgabe, Anfragen und Prüfaufträge zu beantworten. Seine Mitarbeiter leisten sehr gute Arbeit und er bittet dafür um Anerkennung.

Herr Schernikau stellt fest, dass der Beschluss des Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschusses über die Unterkunft Steinberg dem Planungsausschuss nicht zur Kenntnis gegeben wurde. Die Planung ist nicht für den Familiennachzug geeignet. Herr Schumacher versteht nicht, warum der Entwurf nicht im Planungsausschuss diskutiert wurde. Er hat bei diesem Entwurf „Alcatraz-Visionen“. Der Entwurf würde nicht dem entsprechen, was besprochen worden ist.

Herr Lieberknecht erklärt, dass das Projekt ursprünglich als Ersatz für eine abgängige Unterkunft in den Haushalt aufgenommen wurde. Dann hatte die Verwaltung unter dem Eindruck der Flüchtlingsströme vorgeschlagen, das Grundstück durch einen Investor bebauen zu lassen. Die Gremien haben aber beschlossen, doch selber zu bauen. Das jetzige Konzept beruht auf den Wünschen des Fachdienstes Soziales und unterliegt der Zuständigkeit des Ausschusses für Jugend und Soziales. Der Fachdienst Gebäudemanagement setzt dieses nur um. Dieser Entwurf ist vom UBF beschlossen worden. Herr Lieberknecht hätte den Entwurf im Rahmen des in Vorbereitung befindlichen Baugenehmigungsantrages dem Planungsausschuss noch zur Kenntnis gegeben. (Anmerkung: Ein Beschluss zum Einvernehmen ist nicht erforderlich, da das Vorhaben sich an die Festsetzungen des B-Planes hält. Der Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss hat außerdem in seiner Sitzung am 7. Juli 2016 an der Um-

setzung des Entwurfes gem. Beschluss des Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschusses vom Februar 2016 festgehalten.)

Der Vorsitzende fragt, ob die Planung nun aber noch dem tatsächlichen Bedarf entspricht. Die CDU will keine Stigmatisierung durch die Gestaltung und Belastung des Quartiers. Es mache keinen Sinn, wenn der PLA zum Schluss seine Zustimmung aufgrund der gestalterischen Umsetzung verweigere. Herr Lieberknecht fragt, ob der Fachdienst Soziales noch einmal den aktuellen Bedarf überprüfen und dann der Ausschuss für Jugend und Soziales diesen festlegen soll. Dann müsste man den Bauantrag solange zurückhalten. Herr Fölske erklärt, dass dem Wohnungswirtschaftlichen Dialog weitreichende Informationen vorliegen und dieser den Bedarf ermitteln und eine Empfehlung aussprechen könnte. Herr Schernikau schlägt folgendes Vorgehen vor: der aktuelle Bedarf wird noch einmal im Fachdienst Soziales überprüft und dann im Wohnungswirtschaftlichen Dialog erörtert. Solange wird der Bauantrag nicht weiterbearbeitet. Dieser Vorschlag findet allgemeine Zustimmung.

8.5.) Sonstiges

Herr Eichhorn hat Fragen zu ausstehenden Reaktionen und Antworten der Verwaltung und des Bürgermeisters im Zusammenhang mit Punkt 3 des Informationsbriefes der BAG vom 23.05.2016 (BusinessPark Wedel). Seine Anfrage wird an den zuständigen haupt- und Finanzausschuss verwiesen, da es um eine Grundstücksvergabe geht. Herr Schumacher möchte wissen, wie die Eigentumsverhältnisse beim Standort Kraftwerk aussehen und was mit den Grundstücken passiert, wenn das Kraftwerk aufgegeben wird.

Herr Ulbrich fragt nach dem aktuellen Stand der Umbauarbeiten beim Haus Sonnenschein und wer die Kosten für diese trägt.

9.) Einvernehmen der Gemeinde nach dem BauGB u. a.

9.1.) Einvernehmen

hier: Galgenberg

Vorlage: BV/2016/071

Herr Schneider fragt, was mit den bestehenden Gebäuden und deren Mieter passiert und welche Miethöhe hier vorgesehen ist. Herr Reißweck von der Adlershorst eG antwortet, dass den Mieter andere Wohnungen im Bestand angeboten werden. Der Abriss der bestehenden Gebäude ist erst geplant, wenn die Umsetzungen erfolgreich abgeschlossen sind. Es wird hier kein geförderter Wohnungsbau entstehen, aber auch kein hochpreisiges Objekt. Herr Eichhorn findet 16 Stellplätzen bei 22 Wohneinheiten nicht akzeptabel. Herr Reißweck erwidert, dass mehr Stellplätze aufgrund des alten gewachsenen Baumbestands nicht möglich sind. Auch eine Tiefgarage wäre keine Lösung, da die Bäume auch in der Tiefe Schaden nehmen würden. Er sagt aber eine erneute Prüfung zu.

Herr Fölske erkundigt sich, ob die Entmietung schon läuft und ob sie sozialverträglich gestaltet wird. Herr Reißweck erklärt, dass die Adlershorst die Mieter erst informiert, wenn sie für das Projekt grünes Licht bekommt. Die Mieter haben häufig Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein („§ 8-Schein“). Bei Umzug zahlen sie nicht mehr als die jetzige Miete. Die Umzugskosten werden übernommen. Allerdings wollen alte Leute manchmal nicht ihre gewohnte Umgebung aufgeben. Dann wird sie die Genossenschaft auch nicht zwingen. Herr Schernikau erinnert an die Kantstraße, in der in einem langjährigen Verfahren erfolgreich von der Adlershorst entmietet wurde.

Grüne wie CDU finden die Stellplatzanzahl unproblematisch. Nicht alle Familien haben ein Auto und der Trend in innerstädtischen Lagen geht weg von einem oder mehreren eigenen Fahrzeugen in einem Haushalt.

Der Planungsausschuss beschließt mit 10 Ja / 3 Nein / 0 Enthaltungen:

Der Planungsausschuss beschließt, das Einvernehmen der Gemeinde gemäß §§ 34 und 36 Abs. 1 BauGB für das Bauvorhaben Neubau eines Wohnhauses mit 22 Wohneinheiten gem. BV/2016/071 zu erteilen.

9.2.) Einvernehmen
hier: Industriestraße 63
Vorlage: BV/2016/065

Der Planungsausschuss beschließt mit 12 Ja / 1 Nein / 0 Enthaltungen:

Der Planungsausschuss beschließt, das Einvernehmen der Gemeinde gemäß §§ 34 und 36 Abs. 1 BauGB für das Bauvorhaben Industriestraße 63/Ecke Tinsdaler Weg, Neubau einer Waschstraße mit SB-Waschboxen, zu erteilen.

10.) Wohnungsmarktkonzept - Aktualisierung
hier: Auftragsvergabe
Vorlage: BV/2016/064

Herr Schumacher befürchtet wegen der großen Anzahl von gefördertem Wohnungsbau einen „Sozialwohnungs-Tourismus“. Er bittet die Verwaltung Steuerungsmöglichkeiten zu prüfen, damit Wedeler bei der Vergabe vorrangig berücksichtigt werden.

Der Planungsausschuss beschließt mit 13 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen:

Der Planungsausschuss beschließt, die Aktualisierung des Wohnungsmarktkonzeptes Wedel zu beauftragen.
Die Auftragssumme beträgt ca. 12.500 Euro.

Herr Schernikau beantragt den Ausschluss der Öffentlichkeit für den Punkt 11, Mitteilungen und Anfragen. Dem stimmt der Ausschuss mit 13 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen zu. Um 21:24 Uhr schließt der Vorsitzende die Öffentlichkeit von der weiteren Beratung und Beschlussfassung aus.

12.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

Es ist keine Öffentlichkeit mehr anwesend. Es wurden keine Beschlüsse im nicht-öffentlichen Teil gefasst.

gez. Michael Schernikau

Vorsitzender

Sonja Taschendorf
Schriftführerin

Datum der Unterschrift 28.08.2016

28.08.2016



